



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

6. hét

2018.02.05.

ZUSAMMENFASSUNG

- **VOLLBESCHÄFTIGUNG ERREICHT.** Von den im Zeitraum Oktober-Dezember 2010 gemessenen 10,8 Prozent ist die Erwerbslosenquote in Ungarn in diesem Dezember auf 3,8 Prozent gesunken. Ökonomen sprechen bei einer Erwerbslosenquote von weniger als 4 Prozent bereits von Vollbeschäftigung, so dass diese hierzulande demnach verwirklicht werden konnte.
- **UNGARN PRÜFT SEINE MÖGLICHKEITEN IN VERBINDUNG MIT DEM MIGRATIONSABKOMMEN DER UNO.** Von den im Zeitraum Oktober-Dezember 2010 gemessenen 10,8 Prozent ist die Erwerbslosenquote in Ungarn in diesem Dezember auf 3,8 Prozent gesunken. Ökonomen sprechen bei einer Erwerbslosenquote von weniger als 4 Prozent bereits von Vollbeschäftigung, so dass diese hierzulande demnach verwirklicht werden konnte.
- **EINZIG DIE REGIERUNGSPARTEIEN SETZEN SICH FÜR DEN GRENZZAUN EIN.** Während die Oppositionsparteien ausnahmslos für ein Einreißen des südlichen Grenzzauns plädierten oder zumindest dessen Nutzlosigkeit herausstrichen, setzen sich einzig und allein die Regierungsparteien konsequent für dessen Schutz ein. Die neueste Plakatkampagne der Regierung stellt darauf ab, diesen Zusammenhang nachzuweisen, indem die Politiker der Opposition neben dem zum Abriss vorbereiteten Grenzzaun aufgereiht werden.
- **GYURCSÁNY UND VONA SIND DIE UNBELIEBTESTEN UND AM STÄRKSTEN ABGELEHNTEN PARTEICHEFS.** Der Vorsitzende der Demokratischen Koalition (DK) mit einer Popularität von nur 22 Prozent, sowie der Jobbik-Chef mit einer Popularität von 30 Prozent sind heute die beiden am wenigsten beliebten Politiker in Ungarn, wohingegen Viktor Orbán (Fidesz) mit 54 Prozent und Gergely Karácsony (MSZP-Párbeszéd) mit 43 Prozent die beiden populärsten Spitzenkandidaten um das Amt des Ministerpräsidenten sind, geht aus einer landesweit repräsentativen Umfrage des Nézőpont-Instituts unter Befragung von 1.000 Personen im Zeitraum 15.-18. Januar 2018 hervor.
- **ES BESTEHT KEINE STIMMUNG FÜR EINEN REGIERUNGSWECHSEL.** Die Politik handelt für die Wähler nicht von politischer Mathematik, viel relevanter ist, ob eine gegebene Partei für die durch sie verkörperte Werteordnung eintreten kann, um ihre Wähler auf diese Weise zu aktivieren. Mehr als 70 Prozent der Ungarn sind im Übrigen der Auffassung, dass Fidesz-KDNP die Parlamentswahlen im April gewinnen werden, was im Oppositionslager eine schwierige psychologische Barriere schafft.

WIRTSCHAFTSPOLITIK

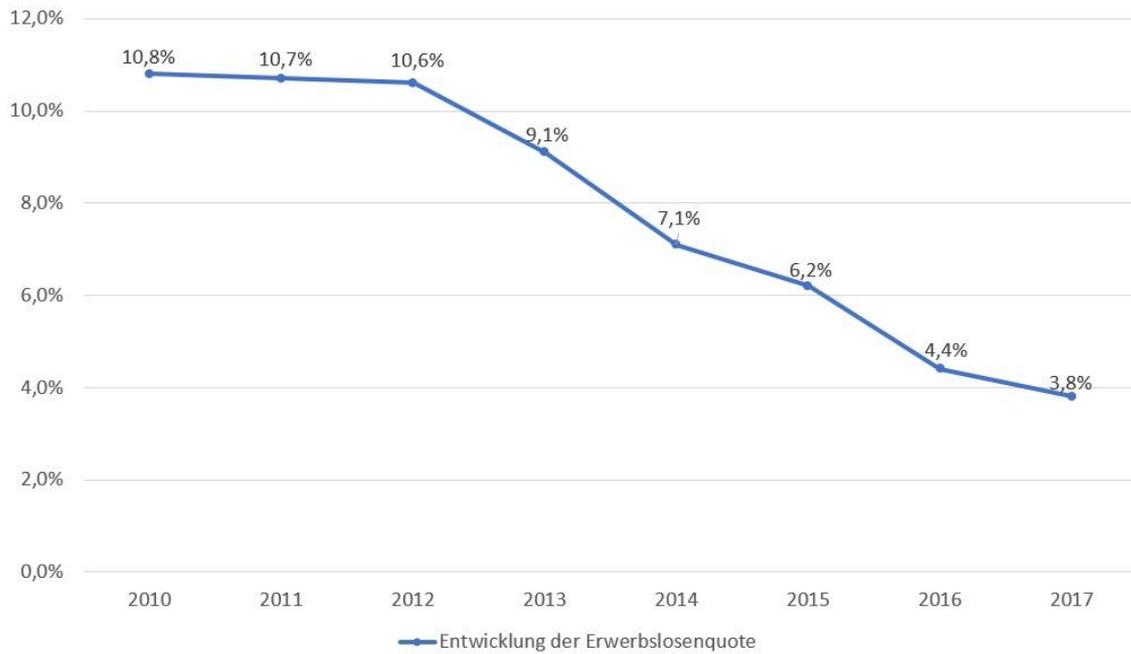
Vollbeschäftigung erreicht

Von den im Zeitraum Oktober-Dezember 2010 gemessenen 10,8 Prozent ist die Erwerbslosenquote in Ungarn in diesem Dezember auf 3,8 Prozent gesunken. Ökonomen sprechen bei einer Erwerbslosenquote von weniger als 4 Prozent bereits von Vollbeschäftigung, so dass diese hierzulande demnach verwirklicht werden konnte.

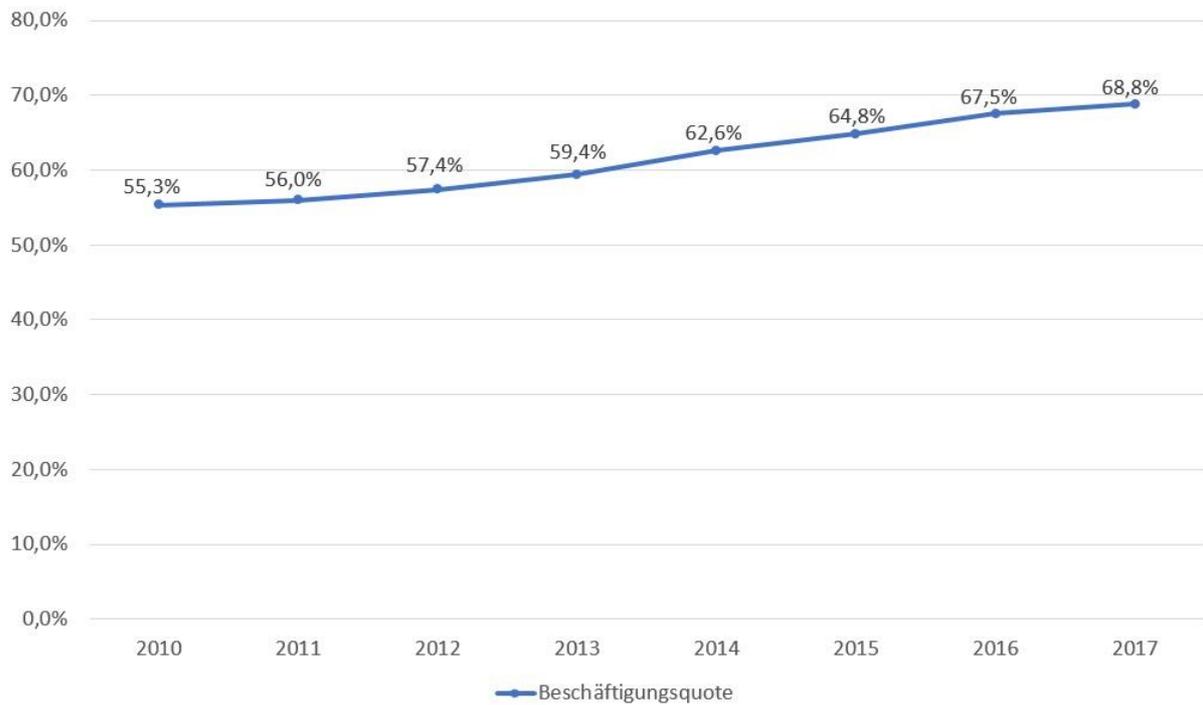
Die Regierung gab die Zielstellung aus, binnen zehn Jahren eine Million neue Arbeitsplätze zu schaffen, welcher Plan – in Anbetracht der Tatsache, dass die Zahl der Arbeitnehmer innerhalb von sieben Jahren um siebenhunderttausend zugenommen hat – auf gutem Weg zur Umsetzung ist. Analysten sehen am Arbeitsmarkt weiterhin eine Arbeitskräftereserve von sechshunderttausend Personen, die als entscheidende Ressource für die Umsetzung des besagten Ziels bis zum Ende des zehnjährigen Zeitraums angesehen werden können. Die Analysten verwiesen zugleich auf den Umstand, dass die Erwerbslosenquote in diesem Jahr nur noch beschränkt weiter sinken kann, über das Jahr hinweg von den im Vorjahr erzielten 4,2 Prozent auf 3,9 Prozent.

Neben der Aktivierung der bereits erwähnten Arbeitsmarktreserve von sechshunderttausend Menschen können zudem Lösungen ins Kalkül gezogen werden, die abgesehen von einer sinkenden Arbeitslosigkeit auch den Arbeitskräftemangel angehen könnten. In dieser Hinsicht dürfte sich als wichtiger Faktor erweisen, die Teilnehmer der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in die zunehmend arbeitsintensivere Wettbewerbssphäre zu vermitteln, was eine herausragende Zielstellung der Regierung darstellt.

Entwicklung der Erwerbslosenquote im Kreis der 15-74-Jährigen (jeweils für Oktober-Dezember, Quelle: KSH)



Beschäftigungsquote im Kreis der 15-64-Jährigen (jeweils für Oktober-Dezember, Quelle: KSH)



AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

Ungarn prüft seine Möglichkeiten in Verbindung mit dem Migrationsabkommen der UNO

Ungarn überlegt unter Umständen sogar an einem Austritt aus dem Flüchtlingsabkommen der UNO, wenn es zu keinen wesentlichen Veränderungen am ersten Entwurf des globalen Migrationsabkommens kommt, nachdem dieses im Widerspruch zum Standpunkt Ungarns steht und gleich in mehreren Elementen die Sicherheitsinteressen unseres Landes gefährdet.

Der Entwurf wird in seiner vollständigen Version voraussichtlich am 5. Februar 2018 an die Öffentlichkeit gebracht; in Kürze beginnen die Konsultationen zu diesem Dokument. Die Vorlage sieht die Migration als positiven Prozess an und bezeichnet diese als unaufhaltbar. Der ungarische und in der Region vertretene Standpunkt steht dieser Anschauung diametral gegenüber. Der Erfolg der technischen und juristischen Grenzschießung sowie die Ergebnisse sonstiger Maßnahmen der ungarischen Regierung zeigen, dass die gewählten Lösungen die massenhafte illegale Einwanderung erfolgreich stoppen können.

Es ist Ziel der geplanten UNO-Deklaration, die Möglichkeiten der Migration auszuweiten, die Administration bei der Aufnahme von Menschen auf der Wanderung reibungsloser zu gestalten, die Akzeptanz von Migranten auch auf jene Länder auszuweiten, die durch den Migrationsprozess nicht betroffen sind, und die Möglichkeiten zurückzudrängen, Grenzverletzungen zu kriminalisieren. Darüber hinaus will der Pakt die Unterschiede zwischen der legalen und der illegalen Migration verwischen, indem das Recht auf Migration in den Status eines grundlegenden Menschenrechtes gehoben würde.

Die Regierung beharrt im Gegensatz dazu auf ihrem Standpunkt, dass die Migration nicht legalisiert und erleichtert werden darf, sondern gestoppt werden muss, und dass keine Maßnahmen erzwungen werden dürfen, wonach ein Land verbindlich Einwanderer aufzunehmen hätte, selbst wenn die Bevölkerung des gegebenen Landes dies nicht unterstützt und die wirtschaftlichen Bedingungen in diesem Land solches nicht rechtfertigen. Dieses Konzept würde die Souveränität der Nationalstaaten erheblich untergraben. Ungarn steht in dieser Frage im Übrigen nicht allein, denn die Vereinigten Staaten haben die Verhandlungen über das Abkommen bereits früher verlassen, wobei wir in

Verbindung mit dieser Angelegenheit zudem auf die Solidarität der Partner in der Region rechnen dürfen.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

Einzig die Regierungsparteien setzen sich für den Grenzzaun ein

Während die Oppositionsparteien ausnahmslos für ein Einreißen des südlichen Grenzzauns plädierten oder zumindest dessen Nutzlosigkeit herausstrichen, setzen sich einzig und allein die Regierungsparteien konsequent für dessen Schutz ein. Die neueste Plakatkampagne der Regierung stellt darauf ab, diesen Zusammenhang nachzuweisen, indem die Politiker der Opposition neben dem zum Abriss vorbereiteten Grenzzaun aufgereiht werden.

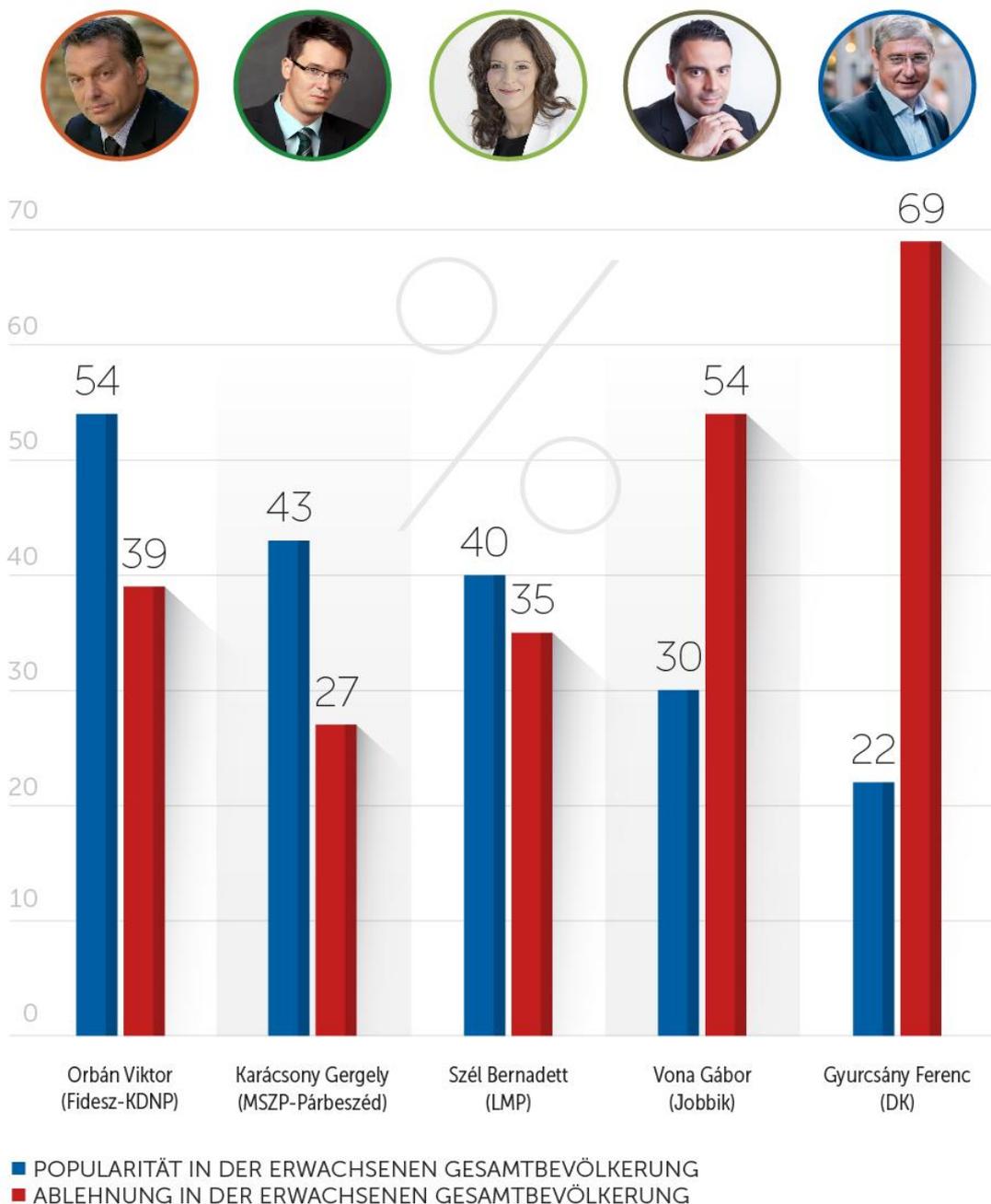
Seit der Grenzzaun im Süden steht, haben zahlreiche Oppositionspolitiker ihren Standpunkt bezüglich des Grenzzauns geäußert. Bernadett Szél, Gábor Vona, Ferenc Gyurcsány, ja sogar George Soros sprachen sich gegen den Grenzzaun aus und traten in ihren Erklärungen für die Quotenregelung ein, selbst wenn mit dieser die nationale Souveränität in Frage gestellt wird.

Die Oppositionsparteien haben mit dieser Einwanderungsfreundlichkeit im Wesentlichen jene knapp 3,4 Millionen Wähler zurückgelassen, die beim Referendum von 2016 die verbindliche Ansiedlungsquote ablehnten. Für Fidesz-KDNP verbürgt dies einen deutlichen Vorteil. Mehrere Nationale Konsultationen in Verbindung mit der Migration sowie das Gesetzkpaket „Stopp Soros“ dienten teilweise auch diesem Anliegen.

Mit der neuen Plakatkampagne – die an jene frühere Kampagne erinnert, bei der Ferenc Gyurcsány und Gábor Vona gemeinsam als Clowns dargestellt wurden – verfolgen die Regierungsparteien wie gehabt das Ziel, ihrem potenziellen Lager eindeutig klar zu machen: Selbst wenn die Opposition schwach erscheinen mag, ist der durch diese Kräfte vertretene Standpunkt pro Einwanderung doch gefährlich für Ungarn.

Gyurcsány und Vona sind die unbeliebtesten und am stärksten abgelehnten Parteichefs

Der Vorsitzende der Demokratischen Koalition (DK) mit einer Popularität von nur 22 Prozent, sowie der Jobbik-Chef mit einer Popularität von 30 Prozent sind heute die beiden am wenigsten beliebten Politiker in Ungarn, wohingegen Viktor Orbán (Fidesz) mit 54 Prozent und Gergely Karácsony (MSZP-Párbeszéd) mit 43 Prozent die beiden populärsten Spitzenkandidaten um das Amt des Ministerpräsidenten sind, geht aus einer landesweit repräsentativen Umfrage des Nézőpont-Instituts unter Befragung von 1.000 Personen im Zeitraum 15.-18. Januar 2018 hervor.



***Frage:** Ich werde Ihnen die Namen von Politikern aufzählen. Bitte sagen Sie mir, wie gerne Sie diese Personen in einer wichtigen politischen Position sehen möchten! Bitte teilen Sie auch mit, wenn Sie den betreffenden Politiker nicht kennen!*

Von Ferenc Gyurcsány sagten zwar 78 Prozent der linken Wähler, dass sie ihn in einer „wichtigen politischen Position“ sehen wollten, doch sträuben sich die Wähler aller anderen Parteien und selbst die unentschiedenen Wähler vor diesem Politiker, woraus sich dessen schlechtes Abschneiden ergibt. In einer ähnlichen Lage befindet sich Gábor Vona, den 91 Prozent des laut Umfragen schrumpfenden Jobbik-Lagers mögen, während er von nahezu 80 Prozent der Anhänger anderer Parteien zurückgewiesen wird. Es spricht Bände, dass mehr als die Hälfte der Ungarn gegenwärtig weder Ferenc Gyurcsány noch Gábor Vona in einer „wichtigen Position“ sehen will.

Im Gegensatz hierzu konnte allein der die Liste anführende Fidesz-Vorsitzende Viktor Orbán das Vertrauen von mehr als der Hälfte der Ungarn (54 Prozent) gewinnen. Der am wenigsten abgelehnte Parteichef ist Gergely Karácsony, der von der MSZP als Spitzenkandidat nominiert wurde, wobei im Hintergrund seiner niedrigeren Werte stehen könnte, dass sein Bekanntheitsgrad um 19 Prozentpunkte hinter jenem des amtierenden Ministerpräsidenten zurückfällt.

Es besteht keine Stimmung für einen Regierungswechsel

Die Politik handelt für die Wähler nicht von politischer Mathematik, viel relevanter ist, ob eine gegebene Partei für die durch sie verkörperte Werteordnung eintreten kann, um ihre Wähler auf diese Weise zu aktivieren. Mehr als 70 Prozent der Ungarn sind im Übrigen der Auffassung, dass Fidesz-KDNP die Parlamentswahlen im April gewinnen werden, was im Oppositionslager eine schwierige psychologische Barriere schafft.

In der jüngeren Vergangenheit wurde unzählige Male die Frage der koordinierten Aufstellung von Kandidaten in den Vordergrund gerückt, wonach die unterschiedlichsten Oppositionsparteien unabhängig von ihrer Werteordnung und ihrem Programm im Interesse einer maximierten Macht und von Mandaten einen Bund bilden. Das aber hat bislang eher zu De-Koordinierung und vollständigem Chaos im Oppositionslager geführt. Politik handelt für die Wähler nicht von der politischen Mathematik, weitaus wichtiger ist es, dass eine gegebene Partei imstande ist, die durch sie vertretene Werteordnung zu verteidigen, und ihre Wähler auf diese Weise zu aktivieren.

Was die Frage eines eventuellen Regierungswechsels anbelangt, ist es wichtig festzuhalten, dass selbst laut jenen Meinungsforschungsinstituten, die der Opposition nahestehen, bestenfalls die Hälfte der ungarischen Gesellschaft jenem Lager zugeordnet werden kann, welches keine Sympathien für die Regierung zeigt, während die andere Hälfte engagiert hinter dieser Regierung steht. Obendrein glauben mehr als 70 Prozent der Ungarn, dass Fidesz-KDNP die Parlamentswahlen im April gewinnen werden, was die Opposition in eine psychologisch schwierige Lage bringt. Wer nicht mit der Regierung sympathisiert, unterstützt nicht unbedingt die Opposition, das Angebot auf der Oppositionsseite ist zu breit aufgestellt und des Weiteren existiert eine gewisse Oppositions-Abneigung.

PROGNOSE

- **Für den 8. Februar dürfte Zsolt Molnár den Ausschuss für Nationale Sicherheit einberufen.** Die Einladung zu der wiederholten Sitzung des Gremiums erging, nachdem die Vertreter der Regierungsparteien die Teilnahme von Bernadett Szél an der Sitzung des Ausschusses als unglücklich ansahen, weil ein aus Afghanistan stammender Experte im Stab der Politikerin bei seiner Sicherheitsdurchleuchtung durchgefallen war und Szél selbst früher aktiv in Soros-Organisationen tätig war bzw. für Soros Partei ergriff.
- **Am 10. Februar hält die MSZP einen Kongress zum Wahlkampfauftakt ab.** Mit der Rede des Spitzenkandidaten Gergely Karácsony beginnt der Wahlkampf der Sozialisten.